

Bezirke legen sich bei Parkpickerl quer

(*derStandard* 03.09.2011 | Martina Stemmer)

Die Stadtregierung will die Kurzparkzonen in Wien massiv ausweiten - in den Bezirken regt sich Widerstand. Für die Öffi-Tarifreform braucht Wien dringend Geld - Das soll auch durch die Ausweitung des Parkpickerls hereinkommen.

Wien - Sowohl der Koalitionspartner als auch die eigene Rathaus-Riege sieht in der Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkzonen ein zentrales rot-grünes Prestigeprojekt fürs nächste Jahr. Diverse SP-Bezirkspolitiker kratzt das allerdings wenig.

Weder Hermine Mospointner, Bezirkschefin in Favoriten, noch ihre Amtskollegin Ilse Pfeffer aus Hernals sind von der Notwendigkeit der Parkgebühreneinhebung innerhalb ihres Einflussgebietes überzeugt. Beide wollen über deren Einführung das Volk mitentscheiden lassen. "Das ohne Beteiligung der Bürger durchzusetzen würde Krieg bedeuten", sagt Mospointners Büroleiter Franz Jerabek, "und dafür ist unser Bezirk sicher nicht zu haben." Auch Pfeffer ist skeptisch: "Von jetzt auf gleich lässt sich das Pickerl sicher nicht einführen - da muss man schon erst den Bürger hören."

Die Grünen, die mit Maria Vassilakou nicht nur die Städtätin für Verkehr, sondern auch für Bürgerbeteiligung stellen, sind strikt gegen einen Volksentscheid. "Man lässt ja auch nicht über neue Steuern abstimmen", sagt Verkehrssprecher Rüdiger Maresch. Derzeit nimmt Wien jährlich rund 64 Millionen Euro mit der Parkraumbewirtschaftung ein. Gebührenpflichtig sind die Bezirke 1 bis 9, 20 sowie Teile des 15. Anrainer bekommen ein kostenpflichtiges Parkpickerl, Kurzparker müssen Scheine lösen. Künftig soll man auch im 10., 12., 14., 16., 17. und 18. sowie rund um U-Bahn-Stationen im 21. und 22. zahlen müssen. Der Stadt bringt das laut Schätzungen weitere 40 Millionen Euro ein - Geld, das man dringend für die sündteure Öffi-Tarifreform benötigt. "Wir brauchen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf jeden Fall", sagt Maresch.

Zwei Euro fürs Öffi-Fahren

Die günstigeren Öffi-Tarife waren ein Wahlversprechen der Grünen. Seit ihrem Aufstieg zum Regierungspartner streiten sie mit den Roten darüber, wie man das Geld dafür trotz Budgetlochs zusammenkratzen kann. Fix ist, dass die Jahreskarte 365 Euro (statt 449 Euro) kosten wird. Teurer wird's hingegen für Gelegenheitsfahrer: Der Einzelfahrschein wird dem Vernehmen nach zwei Euro kosten (statt 1,80 Euro) und damit der Gebühr fürs Parken für eineinhalb Stunden angepasst.

Vor der grünen Regierungsbeteiligung flossen die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung nicht nur in die öffentlichen Verkehrsmittel, sondern vor allem in den Bau neuer Garagen. In den nächsten Jahren soll sich das laut grünem Plan ändern und in erster Linie Geld in Bim, Bus und Bahn gepumpt werden.

Die Weigerung diverser Bezirkskaiserinnen, dafür Autofahrer zu Kasse zu bitten, kommt dabei höchst ungelegen. Schließlich sollen die neuen Parkzonen ab nächstem Herbst gelten. Derzeit arbeitet eine Expertengruppe an einer Studie zur Parkplatzsituation, danach wird bezirksweise weiterdiskutiert. Theoretisch könnte eine Ausweitung der Parkgebühren ohne Bezirksbeteiligung im Gemeinderat beschlossen werden - allerdings hat sich Rot-Grün im Regierungsübereinkommen darauf festgelegt, diese nur mit Zustimmung der Bezirke umzusetzen.

Eine harte Nuss wird dabei auch der schwarz-regierte 18. Bezirk. "Bei uns wird es auf jeden Fall eine Befragung geben", sagt Bezirksvorsteher Karl Homole "und wenn eine Mehrheit der Bürger dagegen ist, wird es auch kein Parkpickerl geben." Eine diesbezügliche Umfrage vor der letzten Wahl habe ergeben, dass die Mehrheit gegen das gebührenpflichtige Parken sei. Auch im roten Favoriten kann man sich vorstellen, dass am Ende alles beim Alten bleibt. "Es ist nicht auszuschließen, dass herauskommt, dass wir kein Parkpickerl brauchen", sagt Jerabek.